



# Deutschland wird älter, kleiner und ungleicher

Nathalie Pappelbaum

**Die Bevölkerung in Deutschland wird in den kommenden Jahrzehnten spürbar altern, abnehmen und sich regional unterschiedlich entwickeln. Das geht aus der 16. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung hervor, die das Statistische Bundesamt (Destatis) am 11. Dezember 2025 in Berlin vorgestellt hat. Die Modellrechnungen betrachten verschiedene Szenarien bis zum Jahr 2070 und bilden dabei Geburtenraten, Lebenserwartung und Nettozuwanderung ab.**

## Ruhestand der Babyboomer verschärft Altersstruktur

Der demografische Wandel nimmt spürbar Fahrt auf: Bis zum Jahr 2038 wird die Zahl der Menschen im Rentenalter (ab 67 Jahren) in Deutschland auf mindestens 20,5 Millionen ansteigen – ein Plus von rund 3,8 Millionen gegenüber 2024. In besonders alterungsintensiven Szenarien sind sogar bis zu 21,3 Millionen möglich. Damit wird im Jahr 2035 voraussichtlich jede vierte Person in Deutschland 67 Jahre oder älter sein.

Besonders dynamisch verläuft die Entwicklung der Hochaltrigen: Ab Mitte der 2030er-Jahre steigt die Zahl der über 80-Jährigen deutlich an – auf bis zu 9,8 Millionen im Jahr 2050. Schon heute ist rund die Hälfte dieser Altersgruppe pflegebedürftig.

## Erwerbsbevölkerung schrumpft – trotz Zuwanderung

Gleichzeitig nimmt die Zahl der Menschen im Erwerbsalter (20 bis 66 Jahre) langfristig ab. 2024 zählte diese Gruppe noch 51,2 Millionen Personen. Je nach Entwicklung der Zuwanderung und Geburtenrate wird die Erwerbsbevölkerung bis 2070 auf 45,3 Millionen (hoher Wanderungssaldo), 41,2 Millionen (moderater Wanderungssaldo) oder sogar nur 37,1 Millionen (niedriger Wanderungssaldo) sinken.

Damit verändert sich auch der sogenannte Altenquotient spürbar: Kamen 2024 auf 100 Erwerbspersonen rund 33 Rentnerinnen und Rentner, könnten es 2070 bis zu 61 sein – also nahezu doppelt so viele. Dies stellt die umlagefinanzierten Sicherungssysteme vor zunehmende Herausforderungen.

## Bevölkerungszahl sinkt in fast allen Szenarien

Im Jahr 2070 wird Deutschland laut Destatis aller Voraussicht nach weniger Einwohner haben als heute. Nur zwei von 27 Modellvarianten führen zu einem leichten Wachstum – unter der Voraussetzung einer gleichzeitig stark steigenden Geburtenrate und hoher Zuwanderung. In der moderaten Hauptvariante rechnet Destatis mit 74,7 Millionen Menschen – das sind rund fünf Millionen weniger als 2024. Die Spanne reicht von 63,9 bis 86,5 Millionen.

Zum Vergleich: In der vorherigen, 15. Vorausberechnung aus dem Jahr 2022 lag die prognostizierte Spanne für 2070 noch bei 70,2 bis 94,4 Millionen.

## Regionale Unterschiede verschärfen sich

Der demografische Wandel verläuft regional unterschiedlich. Während die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen bei hoher Zuwanderung mit Bevölkerungswachstum rechnen können, wird die Einwohnerzahl in den ostdeutschen Flächenländern in allen Szenarien bis 2070 sinken

Auch die Alterung ist regional ungleich verteilt: Bereits 2024 lag der Anteil der über 67-Jährigen in Ostdeutschland bei 24 %, im Westen bei 20 % und in den Stadtstaaten nur bei 17 %. Entsprechend stark werden die demografischen Belastungen insbesondere im Osten Deutschlands zunehmen – mit direkten Auswirkungen auf Fachkräftemärkte, kommunale Infrastrukturen und Pflegeversorgung.

## Langfristige Planung gefordert – soziale Sicherungssysteme unter Druck

Die Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamts unterstreichen die strukturelle Dringlichkeit demografischer Reformen – etwa in der Renten-, Pflege- und Arbeitsmarktpolitik. Selbst eine hohe Nettozuwanderung kann die demografischen Effekte der alternden Bevölkerung nur begrenzen, nicht kompensieren.

Vor allem der steigende Altenquotient stellt ein zentrales Risiko für umlagefinanzierte Systeme dar. Langfristige Strategien zur Fachkräftesicherung, stärkere Kapitaldeckung in der Altersvorsorge sowie eine regional differenzierte Sozial-

und Strukturpolitik gewinnen vor diesem Hintergrund weiter an Bedeutung.

Versicherungs- und Finanznachrichten

# expertenReport



<https://www.experten.de/id/4947421/Deutschland-wird-aelter-kleiner-und-ungleicher/>